presse

Equal Pay Day 2014: Wir packen es an

***Carola Reimann**, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:*

Am 21. März findet der Equal Pay Day statt. Der internationale Aktionstag für die Entgeltgleichheit weist auf die nach wie vor großen Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern hin. Es wird höchste Zeit, gegen Lohndiskriminierung auch in Deutschland vorzugehen.

„Auch 2014 besteht nach wie vor eine Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern. Frauen bekommen im Schnitt ein Fünftel weniger als Männer. Dieser Zustand in ist ein fortwährender Skandal. Es ist höchste Zeit, mit konkreten Maßnahmen gegen diese Lohndiskriminierung vorzugehen. Appelle allein reichen nicht aus.

Rund ein Drittel der Lohndifferenz ist allein darauf zurückzuführen, dass Frauen in den selben Jobs schlechter bezahlt werden als Männer. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag auf gesetzliche und andere Maßnahmen zur Herstellung von Lohngleichheit verständigt, die wir gemeinsam mit Ministerin Schwesig zügig umsetzen werden. Beispielsweise werden wir verbindliche Verfahren entwickeln, mit denen Arbeitgeber gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Vertretungen im Unternehmen für Entgeltgleichheit sorgen können.

Doch auch Unterschiede bei der Branchen- und Berufswahl, ein geringer Anteil von Frauen in Führungspositionen und die häufige Teilzeitarbeit sind Ursachen für die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen. Hier besteht weitreichender Handlungsbedarf: Wir müssen an vielen Stellen ansetzen. Dazu zählen unter anderem die gesetzliche Frauenquote für bessere Aufstiegsmöglichkeiten in Führungspositionen, qualitativ und quantitativ bessere Betreuungsmöglichkeiten sowie eine gerechtere Verteilung der Berufs- und Familienarbeit.

Wichtig sind in diesem Zusammnehang die Vorstöße von Arbeitsministerin Andrea Nahles und Familienministerin Manuela Schwesig. Der Rechtsanspruch für Teilzeitbeschäftigte zur Rückkehr in Vollzeit und die Familienarbeitszeit sind zentrale Forderungen, die uns auf dem Weg zum Equal Pay ein ordentliches Stück voranbringen werden. Die SPD-Bundestagfraktion wird diese Vorschläge

nach Kräften unterstützen.“